

Projektbesuch und ESF-Festveranstaltung am 6.9.2017.

Rede "60 Jahre Europäischer Sozialfonds – Investitionen in den Menschen"

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Hartwig-Tiedt

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneter

sehr geehrte Partner des ESF,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Einladung und für die überaus freundliche Begrüßung. Es ist mir ein besonderes Vergnügen, Sie heute hier in Potsdam begrüßen zu dürfen.

Die Geschichte Potsdams umfasst mehr als eintausend wechselhafte Jahre. Ich bin selbst zum ersten Mal hier, aber habe natürlich viel von Potsdam gehört, insbesondere über die Potsdamer Konferenz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, welche die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen besiegelte. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde Potsdam die Landeshauptstadt des neu gegründeten Bundeslandes Brandenburg.

Lassen Sie mich jetzt von der 1000-jährigen Geschichte auf eine weitaus kürzere Zeitspanne zurückspringen, nämlich das 60-jährige Jubiläum des ESF, zu dessen Anlass ich gebeten worden bin, eine Festrede zum Thema „60 Jahre ESF in Europa“ zu halten.

Dieses Jahr ist ein Jahr vieler Feierlichkeiten. Wir feiern das 60-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge und zugleich die Geburtsstunde des Europäischen Sozialfonds. Viele regionale und nationale Veranstaltungen und Konferenzen haben bereits und werden

hierzu in der gesamten EU stattfinden wie jetzt heute auch. Aber wir feiern auch, natürlich nicht nur hier in Brandenburg, das Lutherjahr und 500 Jahre Reformation. Vielleicht kann uns dieses Jubiläum dazu anstoßen, auch den ESF und Europa generell, konstruktiv kritisch zu überdenken, um, wo notwendig, zu reformieren.

Denn vor uns liegen große Herausforderungen: Es geht um unsere Sicherheit, unseren Wohlstand, das Bewahren und Weiterentwickeln unserer sozialen Standards und die Rolle Europas in einer globalisierten Welt.

Das bringt uns zum Thema Sicherheit: die EU wurde seit Durchführung der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2016 von einer Reihe terroristischer Anschläge erschüttert wie auch am 19. Dezember 2016 auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz. Terrorismus ist aus Sicht der Befragten in der Mai 2017 Umfrage das wichtigste Problem, dem die Europäische Union gegenübersteht.

Im Vergleich zur Umfrage vom Herbst 2016 ist der Anteil der Befragten, die dies so sehen, um 12 Prozentpunkte auf 44% gestiegen. An zweiter Stelle der wichtigsten Probleme steht die Einwanderung. Der Anteil der EU-Bürger, die dieses Thema nennen, ist die dritte Umfrage in Folge gesunken (-7 Prozentpunkte seit Herbst 2016). Die wirtschaftliche Lage wird als das drittwichtigste Problem angesehen, dem die EU gegenübersteht (18%, -2), gefolgt von der Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (17%, unverändert) und der Arbeitslosigkeit (15%, -1). In Deutschland und Dänemark (8%) sowie in den Niederlanden ist nicht unerwartet weniger als jeder zehnte Befragte der Meinung, dass die Arbeitslosigkeit das wichtigste Problem ist, dem ihr

Land gegenübersteht. Für jeden fünften Europäer sind Gesundheit und soziale Sicherung das zentrale nationale Thema.

Im Vergleich zur Umfrage vom Herbst 2016 hat das Vertrauen in die EU in 25 Mitgliedstaaten zugenommen (Deutschland 47%, +10).

Eine wichtige Debatte über die Zukunft Europas wurde kürzlich vom Präsidenten der Europäischen Kommission angestoßen: Es gibt verschiedene Szenarien, wie sich ein Europa der 27 weiterentwickeln kann. Und Sie sind diejenigen, die über die Zukunft Europas mitentscheiden können und sollen.

Meine Damen und Herren, das Thema soziale Dimension gehört in den europäischen Diskussionen in die erste Reihe. Denn „Wirtschaftspolitik ist Sozialpolitik und Sozialpolitik ist Wirtschaftspolitik“. Man kann beides nicht voneinander lösen.

Damit wir den Stellenwert des Europäischen Sozialfonds sowie seine Erfolge besser verstehen, möchte ich kurz auf die Geschichte des ESF sowie die soziale Dimension Europas eingehen.

Damals – am 25. März 1957 – wurden in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet. In erster Linie ging es um wirtschaftspolitische Ziele und darum, die europäische Nachkriegsordnung zu sichern. Dennoch war auch die soziale Dimension Europas in den Römischen Verträgen bereits angerissen.

Schon damals war es den sechs Gründungsmitgliedern bewusst, dass es zwischen den Staaten große Unterschiede in der Wirtschaftskraft, bei der Arbeitslosigkeit, Ausbildung und Beschäftigung gab. Der erste

Sozialfonds (1958-1971) begann mit dem Ziel, einen Ausgleich zwischen den EU-Mitgliedern zu schaffen. Italien und Deutschland waren damals die beiden wichtigsten Empfänger von ESF-Mitteln.

Vieles ist seit damals passiert. Die EU wandelt sich ständig. Aus der Staatengemeinschaft von sechs Gründungsmitgliedern ist eine Union mit derzeit 28 Mitgliedsstaaten geworden – mit einem gemeinsamen Binnenmarkt.

Nicht anders ist es mit dem Europäischen Sozialfonds. Der ESF hat in den letzten 60 Jahren einige spannende Wandlungen durchlaufen und seine Schwerpunkte haben sich beachtlich weiterentwickelt.

Heute ist der ESF aus meiner Sicht wichtiger denn je. Der ESF ist greifbar. Er unterstützt Menschen direkt und zeigt das soziale Gesicht Europas. Er verbessert den Zugang zu besseren Arbeitsplätzen, bietet Qualifizierung und Weiterbildung und er unterstützt die soziale Integration wie zum Beispiel die Integration von Flüchtlingen.

Der ESF ermöglicht es auch, Jugendliche gut auf das Arbeitsleben vorzubereiten und dafür zu sorgen, dass sie auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft Fuß fassen. Bei jungen Menschen muss vor allem der Übergang von Schule zu Beruf gut gelingen.

Nach der Finanzkrise stellt insbesondere der Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut, Europa vor neue Herausforderungen. Zu den wichtigsten Aufgaben in allen EU-Ländern zählt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Rolle des ESF wird weiter gestärkt und verfügt über ein breites Spektrum von Maßnahmen, um die von der Finanzkrise resultierenden neuen Herausforderungen zu bewältigen. Neben dem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut verunsichern vor allem die Auswirkungen der Globalisierung viele Menschen. Die EU-

Bürger fürchten um ihren Arbeitsplatz und ihren Lebensstandard. Hier kann der ESF beispielsweise durch Coaching und Schulungen gezielt Menschen und Unternehmen auf die Anpassung an die Veränderungen in der Arbeitswelt vorbereiten.

Auch die Mittelausstattung des ESF weist in den sechs Dekaden seiner Existenz eine beachtliche Entwicklung auf. Seit 2014 läuft die achte Förderperiode, welche bis 2020 dauern wird und dem ESF stehen 80 Milliarden Euro an Fördermitteln für die 28 EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung.

Dies sind jedoch nur die europäischen Mittel, denn sie werden durch die nationale Kofinanzierung ergänzt, so dass es bei der Förderung von Beschäftigung, Bildung und sozialer Eingliederung zu einem echten Mehrwert kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Kommission unter Jean-Claude Juncker hat Fairness in den Mittelpunkt ihres Arbeitsprogramms gestellt. Präsident Juncker spricht vom einem „Sozialen Triple A für Europa“. Beschäftigung, Bildung, soziale Eingliederung und Bekämpfung der Armut sind Teil der Wachstumsstrategie Europa 2020. Unser Augenmerk liegt auf einer beschleunigten Erreichung der Sozial- und Beschäftigungsziele.

Das soziale Triple-A für Europa ist nicht nur ein Schlagwort. Die Kommission ist der sozialen Aufwärtskonvergenz und der Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Integration verpflichtet.

Daher ist die in 2016 angenommene "Europäische **Säule der sozialen Rechte**" eine der wichtigsten Initiativen. In der Praxis bedeutet dies: eine Durchsicht und Aktualisierung bestehender Gesetzgebung auf Basis der

Säule und im Bedarfsfall die Verabschiedung neuer Sozialgesetze, auf welche sich die Bürger berufen können.

Mit dieser Säule sollen mehrere fundamentale Grundsätze zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme im Euro-Raum festgelegt werden.

Eckpunkte sind:

Chancengleichheit - in Bezug auf den Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Ausbildung und lebenslangem Lernen.

Soziale Rechte bei der Arbeit – in Bezug auf Arbeitsvertrag, Gesundheit und Sicherheit, sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten.

Einen angemessenen Zugang zu Vorteilen und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen gewährleisten (dies sollte mit Aktivierungsmaßnahmen gekoppelt werden, die das Arbeitskräftepotential erhöhen, mobilisieren und erhalten).

Sozialpolitik ist nicht etwas was die Kommission erst vor kurzem entdeckt hat. Im Vergleich zu anderen Kontinenten wie die USA, haben wir in Europa eine Sozialgesetzgebung, um die uns viele Menschen beneiden. Nur zu oft nehmen wir die großen Errungenschaften der letzten 40 Jahre in der Europäischen Sozialpolitik, die fast still und unbemerkt als Gesetze in die Realitäten unserer Gesellschaften übergegangen sind, als selbstverständlich an. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, ein angemessener sozialer Schutz, der soziale Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials und die Bekämpfung von Ausgrenzungen sind nur einige Beispiele.

Das diesjährige Europäische Semester – das wirtschaftspolitische Steuerungsinstrument der EU - konzentriert sich auf die wichtigsten Strukturreformen, um vielen der am stärksten gefährdeten Menschen

zum Arbeitsmarkt zu verhelfen sowie soziale Risiken während des gesamten Lebensverlaufs der Menschen zu mildern. In den länderspezifischen Empfehlungen werden jedes Jahr die Herausforderungen für die Sozialschutznetze der Mitgliedstaaten sowie für ihre Aktivierungsmaßnahmen aufgezeigt.

Frauen haben, bedingt durch niedrigere Einkommen, geringere Arbeitsmarktbeteiligung sowie ihre Situation als Alleinerziehende, ein höheres Armutsrisiko.

Insgesamt hat Deutschland bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen des Jahres 2016 begrenzte Fortschritte erzielt.

Die Beschäftigung hat weiter zugenommen und die Arbeitslosigkeit ist auf historische Tiefststände gesunken. Dies ist sowohl der günstigen Wirtschaftslage, aber auch der gut funktionierenden betrieblichen Berufsausbildung, der firmeninternen Flexibilität und dem System der Mitbestimmung zu verdanken. Zu einem Teil geht der Beschäftigungsanstieg allerdings auch auf die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, insbesondere bei Frauen, zurück. Auch schlägt die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt sich nur teilweise in Lohnwachstum nieder. Das Arbeitsmarktpotenzial bestimmter Gruppen wird nach wie vor nicht voll ausgeschöpft und die Fehlanreize, die insbesondere Zweitverdienende von der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abhalten, bestehen fort.

Meine Damen und Herren,

heute Morgen hatten wir einen Projektbesuch beim Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten. Deshalb möchte ich gerne kurz auf die Arbeitsergebnisse von Menschen mit Migrationshintergrund

eingehen. Diese liegen nach wie vor unter dem Europäischen Durchschnitt. Trotz der besseren Arbeitsmarktbedingungen entsprach die Beschäftigungsquote in Deutschland von Nicht-EU-Bürgern mit 57 % im Jahr 2015 lediglich dem EU-Durchschnitt und lag damit rund 23 Prozentpunkte unter der einschlägigen Quote für deutsche Staatsangehörige. Betroffen sind insbesondere Frauen mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit (ihre Beschäftigungsquote liegt bei 45,6 % und somit rund 30 Prozentpunkte unter der Quote für deutsche Staatsbürgerinnen).

Darüber hinaus fällt die Beschäftigungsquote für Nicht-EU-Bürger auf allen Qualifikationsniveaus niedriger aus. Bei den Hochschulabsolventen ist die Differenz besonders ausgeprägt (25 Prozentpunkte), was darauf hindeutet, dass das Potenzial qualifizierter Arbeitskräfte möglicherweise nicht ausreichend genutzt wird. Ein großes Hindernis für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt könnten fehlende Sprachkenntnisse sein. Nur 29 % der Migranten, die in den letzten 10 Jahren zugewandert sind, können fortgeschrittene Kenntnisse der deutschen Sprache vorweisen (Europäische Kommission, 2016d). Auf dem Arbeitsmarkt bleiben Schwierigkeiten für die zweite Generation (Kinder von nicht in der EU geborenen Zuwanderern) bestehen, auch wenn sich die Lage seit 2005 relativ gesehen verbessert hat (Höhne, 2016).

In dieser Hinsicht ist es erfreulich, dass Brandenburg hier viele wichtige Akzente setzt. Sei es beispielsweise durch „Deutschkurse für Flüchtlinge“- dafür stehen 2 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds bereit - oder neue Fortbildungen für Beschäftigte in der Migrationssozialarbeit bzw. Maßnahmen, um Migranten beim Finden

einer existenzsichernden Arbeit zu begleiten und mit ihnen gemeinsam bestehende Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Vor allem Investitionen in frühkindlicher Bildung bringen einen hohen „Return of investment“. Gerade für Kinder aus benachteiligten Bildungsschichten oder jene mit Migrationshintergrund ist dies von entscheidender Bedeutung!

Wenn wir die Grundlagen verpassen, bekommen wir sie später nur schwer auf ein gutes Niveau. Bildungsforscher fordern schon seit langem Investitionen, um negative Auswirkungen belasteter Lebenslagen bereits in den frühen Kindheitsjahren zu kompensieren bzw. abzubauen. Damit wird verhindert, dass sozial bedingte, geringere Aufstiegschancen weiter zu Ungleichheiten bei Einkommen und Erwerbstätigkeit (Stichwort Mini-Jobs) beitragen. Dies zeigt wie der ESF konkret Lebenswege ändert und Mut macht. Der ESF zeigt das soziale Gesicht Europas.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Wenn wir die Quintessenz des ESF in Europa in einem Satz zusammenfassen wollen, können wir stolz sagen: "*Mehr als 60 Jahre Investition in Menschen*".

Der ESF hat sich in den letzten 60 Jahren und in zahlreichen Krisen als ein flexibles Instrument gezeigt. Und er ist gleichzeitig ein zukunftsfestes Instrument. Er gibt uns die Möglichkeit, Innovationen und wirksame Ansätze in der Praxis auszutesten. Er bietet ein großes Potential, um Lebenschancen von Menschen zu verbessern.

Der ESF ist ein Mutmacher für Personen in ganz Europa, sich an die neuen Anforderungen einer im Wandel begriffener Arbeitswelt anzupassen und trägt damit zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts innerhalb der EU bei.

Derzeit werden Kommissionsintern und auch in den Mitgliedstaaten die ersten Diskussionen über die Zukunft der Strukturfonds und des ESF geführt.

In der Kommission stehen wir mit unseren Überlegungen über die Zukunft des ESF und der Strukturförderung zwar nicht mehr ganz am Anfang, aber es gibt erstens noch keine abgestimmte gemeinsame Position und zweitens ist die Zukunft der EU-Förderung ja auch abhängig von der künftigen Mittelausstattung, d.h. konkret vom Mittelfristigen Finanzrahmen, der wiederum vom Verlauf der Verhandlungen des BREXIT abhängt. Die Vorschläge für die Strukturfondsverordnungen werden voraussichtlich Mitte 2018 präsentiert.

Allerdings ist es jetzt schon klar, dass aufgrund des Wegfalls eines Nettozahlers und dringenden Aufgaben wie Terrorbekämpfung, Migration und Entwicklungspolitik, die Mittel für die Kohäsionspolitik unter Druck stehen werden. Angesichts eines zukünftigen ergebnisorientierten EU-Haushalts, wird auch der ESF seine Ergebnisorientierung noch weiter verbessern und die Umsetzung vereinfachen müssen.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen, vor allem den Projektträgern und der ESF-Behörde und Verantwortlichen, unseren Dank aussprechen.

Sie leisten mit Ihrem tagtäglichen Einsatz jene wichtige Arbeit vor Ort, die zu einer Verbesserung der Situation vieler Menschen beitragen kann. Es ist sehr wichtig, den Menschen immer wieder klar zu machen, was Europa vor Ort bewirkt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.